



Europa in Niedersachsen

2016 – Krise der EU im Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik?

Liebe Europafreundinnen und -freunde, das neue Jahr 2016 hatte kaum begonnen, da prägten wieder negative Schlagzeilen die Berichterstattung der Medien. Zum einen waren dies die Ereignisse der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten, in denen ein verabscheuungswürdiger Mob von so genannten „Flüchtlingen“, welche das Grundrecht auf Asyl schamlos missbrauchten, Frauen sexuell belästigte und auch vor körperlicher Gewalt nicht zurückschreckte. Zum anderen waren dies die Berichte über eine Abschottung der Außengrenzen der EU, über Grenzzäune, welche die Idee unseres freien, föderalen Europas ad absurdum führen. Vor kurzem kamen erneute Berichte über Terroranschläge religiös fehlgeleiteter Fanatiker des „Islamischen Staates“ hinzu.

Um es klar zu sagen: Wer nach Deutschland und Europa kommt mit dem Verlangen, hier Schutz, Unterkunft und Integration zu erfahren, muss sich an Werte und Grundsätze wie Toleranz, Demokratie, Respekt, Freiheit und Gleichberechtigung halten. Daher kann es auch von uns als überzeugte Europäer und Föderalisten keine Akzeptanz zu den Ereignissen der Silvesternacht geben, wo unter dem Deckmantel des Asylrechts Kriminelle unsere Grundwerte miss- und verachtet sowie öffentlich verhöhnt haben – auf eine Weise, wie sie in den Herkunftsländern streng bestraft worden wäre. Leider haben sich in den vergangenen Monaten aber auch die Situationen von Vertriebenen und Flüchtlingen und die Politiken in der EU generell nicht geändert. Zur Bewältigung der Krisen sind mehr und bessere Gemeinschaftspolitiken und von allen Mitgliedsstaaten, größere Solidarität und humanitäre Verantwortung gefordert. Noch immer zeigen sich die Nationalstaaten innerhalb der EU als nicht handlungs- und konsensfähig, die Krise gemeinsam in einer Bündelung aller Kräfte anzugehen.

Paradebeispiele für mangelndes Gemeinschaftsdenken und -handeln sind die so genannten Dublin-Abkommen, nach denen Flüchtlinge Asyl-

anträge in den Staaten der EU stellen müssen, die sie zuerst betreten. Damit zogen sich die Staaten ohne EU-Außengrenzen aus der Verantwortung und bürdeten den Staaten mit EU-Außengrenzen Aufgaben auf, die sie allein überfordern mussten. Bereits 2003, als das Abkommen zu einer Verordnung der EU, also unmittelbar geltendes Recht wurde (Dublin II), hätte solidarisch Gemeinschaftspolitik gestaltet, d. h. gemeinsame Verantwortung aller Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen übernommen werden können, mit der Neufassung 2013 (Dublin III) vereinbart werden müssen. Dies hätte das bedeutet: Kontrollen und Registrierungen gemeinsam durch Institutionen der Gemeinschaft an den EU-Außengrenzen, Einreise- und Aufnahmeverfahren nach der Genfer Flüchtlingskonvention, der Grundrechtecharta, den Verträgen und Vereinbarungen der EU. Unter diesen Voraussetzungen dann die Verteilung der Asylbewerber solidarisch auf die Mitgliedsstaaten. Stattdessen mussten und müssen wir die humanitären Katastrophen im Mittelmeer erleben, wird die Freizügigkeit in der EU gefährdet, damit wertvolle Errungenschaften, Grundlagen der Gemeinschaft, schließlich die Europäische Union insgesamt.



Zwei großartige Projekte haben Deutschland und Europa nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt: gesellschaftliche und politische Demokratisierungsprozesse und europäische Einigungsprozesse. Beide Prozesse haben die Entwicklungen in den Staaten Europas über Jahrzehnte bestimmt. Einigen Regierungen in den Mitgliedsstaaten der EU scheint dieses Bewusstsein inzwischen abhanden gekommen zu sein. Seit Jahren konstatieren wir ein fehlendes Wir-Gefühl in der Gemeinschaft. Das betrifft in zunehmendem Maße Bevölkerungsteile und politische Formationen, teilweise Regierungen in den Mitgliedsstaaten. Umso notwendiger ist das europapolitische Engagement in der Europabewegung – und zwar durch Mehrheiten in den Gesellschaften und ihre politischen Repräsentanten. **Cord Wilhelm Kiel / Adje Schröder**

Landesregierung muss Europaschulen finanziell und personell unterstützen



Die Teilnehmer der Jahresfachtagung 2016 des Netzwerkes Europaschulen in Niedersachsen e.V. in Soltau (siehe großes Bild aus dem Plenum) fordern die Landesregierung auf, die Europaschulen endlich finanziell und personell zu unterstützen. Die Europa-Union Niedersachsen hatte auf ihrer offenen Vorstandssitzung Anfang Februar einstimmig beschlossen, diesen Antrag in die Jahresfachtagung einzubringen. Die Resolution ist bei drei Enthaltungen einstimmig verabschiedet worden. Dazu der Landesvorsitzende Wolfgang Zapfe: „Ich hatte den Eindruck, dass wir mit dieser Resolution den Delegierten einen großen Gefallen getan haben.“

Die Teilnehmer der Tagung sind enttäuscht über die fehlende Unterstützung der Europaschulen und stimmen mit großer Mehrheit dem Antragstext des Landesvorstandes der Europaunion Niedersachsen zu, der die Landesregierung auffordert, den Europaschulen zusätzliche und speziell projektbezogene Mittel zur Weiterentwicklung und Ausgestaltung ihres Europaprofils zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel müssen sowohl finanzielle Unterstützung als auch zusätzliche Anrechnungsstunden für Lehrkräfte, die an der Ausgestaltung des Europaprofils und/oder an der Durchführung europabezogener Projekte beteiligt sind, umfassen. Die Europaschulen fordern außerdem eine zentrale Koordinatorenstelle für alle Aufgaben und Belange, die an und für die Europaschulen wichtig sind.

Der Landesvorstand will in dem Bereich Europaschulen sowie Europa und Bildung weiter aktiv bleiben. So sollen unter anderem Seminare zu aktuellen europapolitischen Themen regelmäßig stattfinden. Der Austausch auf Landesebene zu Seminaren und Fahrten der Kreisverbände wird intensiviert. Außerdem sollen Schulen, die bisher noch keine Europaschulen sind, Mittel dafür erhalten, Europaschule zu werden. Diese Mittel sind erfolgsabhängig, d.h. gelingt es einer Schule innerhalb von zwei Jahren nach Bewilligung

der ersten Fördergelder nicht, sämtliche Voraussetzungen zu erfüllen, um Europaschule zu werden, sind diese Mittel wieder zurückzuzahlen.

Die Europaschulen haben eine wichtige Vorbildfunktion als „Keimzelle der europäischen Idee“. Sie sind ein Beispiel dafür, wie Schülerinnen und Schüler auf ein Leben im gemeinsamen Haus Europa in komplexer Weise vorbereitet werden können, z. B. durch ein schulinterne Europakonzepte, durch ein vielseitiges Fremdsprachenprofil, durch bilingualen Unterricht und durch projektorientierte Schulpartnerschaften, Austausch und Praktika. Dabei übernehmen die Europaschulen eine „Leuchtturmfunktion“ und unterstützen in ihrem regionalen Umfeld die Vermittlung des Europagedankens. Die Gründung regionaler Bündnisse zwischen den Europaschulen, Schulträgern, Arbeitgebern und anderen Partnern soll seitens des Kultusministeriums stärker als bisher begleitet und unterstützt werden. Das bestehende Netzwerk der Europaschulen in Niedersachsen soll bei seiner Weiterentwicklung etwa beim Aufbau einer geeigneten Informations- und Kommunikationsplattform sowie bei der bundes- und europaweiten Kooperation und Abstimmung mit entsprechenden Partnern gefördert werden. Das Sprecherteam der Europaschulen in Niedersachsen (kleines Foto) zeigte sich erfreut, das die jahrelangen Bemühungen um die Anerkennung als Schulen mit Vorbildfunktion endlich Früchte trägt.



Der Landesvorsitzende Wolfgang Zapfe trägt das Bundesverdienstkreuz



Jahre ein, in denen Wolfgang Zapfe den Vorsitz führte. Es entstand der Verband der Europa-Schulen, die Wahrnehmung der Europa-Union in Niedersachsen konnte deutlich verbessert werden. Die Arbeit der Kreisverbände mit den Bürgern wurde intensiviert, die Europa-Union gewann landesweit an Gewicht. So gelang es ihm und seinem Kreisverband, dass die Wahlbeteiligung bei den Europa-Wahlen deutlich über dem Durchschnitt lag.

Zu den Gästen zählte auch Dr. Josef Ackermann, der

In einer würdigen Feierstunde wurde Wolfgang Zapfe vom Landrat des Kreises Vechta das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Nach der Europahymne zählte der stellvertretende Vorsitzende Helmut Backhaus die vielen Europaaktivitäten in der Region Südoldenburg auf, die von Wolfgang Zapfe initiiert und durchgeführt wurden. Als langjähriger Schulleiter des Gymnasiums Vechta richteten sich viele Aktionen an jüngere Bürger und besonders an Jugendliche. Um die Veranstaltungen herum rankten sich oft ein sportliches oder ein musikalisches Rahmenprogramm. Aber im Mittelpunkt stand immer Europa als großes Friedens-, Freiheits- und Wohlstandsprojekt. Reinhard Burdinski vom Landesverband der Europa-Union ging auf die 15

Amtsvorgänger und Ehrenvorsitzende der Europa-Union Niedersachsen. In seiner Laudatio den Geehrten ging der Landrat H. Winkel, der das Verdienstkreuz im Auftrag des Bundespräsidenten feierlich zu übergeben hatte, auf den Menschen Wolfgang Zapfe ein, wie er ohne viel Dramaturgie notwendige Projekte anschiebt und am Laufen hält. Stadt und Land profitieren von solch vorbildlichen Persönlichkeiten. Freudig berührt bedankte sich der Ausgezeichnete auch im Namen seiner Frau Christa für die ihm zuteil gewordene Ehrung. Er kündigte an, sich weiter in den Dienst der Menschen Europas zu stellen.

Foto (von links): Reinhard Burdinski, Wolfgang Zapfe, Dr. Josef Ackermann, Helmut Backhaus

Kreisverband Diepholz: Mitwirken an einem Europa der Bürger

Denken wir heute an Europa, sind die erheblichen Fortschritte in der europäischen Integration und zweitens das Flüchtlingsthema voneinander zu trennen. Die Ursachen von Flucht hat Elmar Brok (langjähriger Präsident der Europa-Union Deutschland und z. Zt. Vorsitzender der Union Europäischer Föderalisten (UEF) sowie Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament) kürzlich beim Neujahrsempfang des Landesverbands Bremen der Europa-Union Deutschland in Bremen und auf einer Parteiveranstaltung der CDU in Brinkum erläutert. Er betonte, dass die Gründe für diese Bewegung nicht nur in den Kriegen in diesen Ländern liegen, sondern diese sehr vielfältig sind, vergangene Kolonialzeiten einzubeziehen sind und Ursachen für das sprunghafte Ansteigen der Flüchtlingszahlen auch in der plötzlichen Reduzierung der UN-Nahrungsmittelkontingente um rund 50 % Mitte des letzten Jahres für die Flüchtlingslager in Syrien, der Türkei, im Libanon und in Jordanien liegen. Die bis heute ungebrochene und teilweise unkontrollierte Zuwanderung ist zwar eine Bestätigung der großen Attraktivität der Europäischen Union, verursacht aber gleichzeitig erhebliche organisatorische Probleme, die letztlich in eine Begrenzung der Mobilität innerhalb der EU münden könnten. Damit würden aber zwei wesentliche Eckpfeiler der europäischen Integration, die Freizügigkeit und der grenzenlose Warenverkehr, ausgehebelt. Soweit muss es nicht kommen, wenn denn die nationalen Regierungen endlich ihrer Verantwortung für Europa gerecht werden und über die eigenen Landesgrenzen hinaus denken und handeln würden.

Alle Mitglieder des Kreisverbandes Diepholz brennen darauf, Interessenten die überzeugenden Pluspunkte der Europäischen Union näher zu bringen, aber auch gemeinschaftlich an der Verbesserung der heutigen Situation zu arbeiten. Nur gemeinsam sei ein starkes Europa der Regionen zu schaffen.

Europa ist die Lösung!

Kreisverband Hameln: Vortrag mit MdB Vietz / Neuer Vorstand gewählt



Auf der Jahreshauptversammlung Ende Februar haben die Mitglieder des Kreisverbands Hameln einen neuen Vorstand gewählt. Dabei gab es eine Zäsur, denn fünf langjährige Vorstandsmitglieder, darunter der Ehrenvorsitzende Klaus Stenzel, Christa Bruns (seit 25 Jahren Stellvertretende Vorsitzende), Dieter Gräfe, Jörg Scholze und Horst Adam kandidierten nicht mehr für dieses Gremium. Neu hinzu kamen der frühere JE-Landesvorsitzende Rüdiger Zemlin, der neue Schatzmeister Dr. Rolf Steinbach sowie der erst 26jährige Sascha Schröder, der neuer zweiter Stellvertreter Vorsitzender wurde. In ihrem Amt bestätigt wurden die beiden Landesvorstandsmitglieder aus Hameln, Reinhard Burdinski (Vorsitzender) und sein Stellvertreter Cord Wilhelm Kiel sowie Schriftführerin Elvira Sommermeier und Beisitzer Marc Fisser.

Die Mitglieder erlebten einen spannenden Vortrag zum Thema „Europa zwischen Auflösung und Krisenbewältigung – schaffen wir das?“ vom Hamelner Bundestagsabgeordneten Michael Vietz (Foto oben), der selbst seit vielen Jahren aktiv bei der Europa-Union ist. Zwar mahnte er, dass auch nationalstaatliche Lösungen aus der gegenwärtigen Flüchtlingskrise führen könnten, aber nur ein gemeinsames Handeln Europas und eine Bekämpfung der Ursachen der Krise würden wirklich helfen. Daher sei der Titel irreführend – „wir wollen keine Auflösung schaffen,

sondern Krisenbewältigung“ unterstrich Vietz mit einem kleinen Schmunzeln.

Nach intensiver Diskussion wurde eine Resolution unter dem Titel „Europa ist die Lösung“ beschlossen. Darin heißt es unter anderem: „Frieden, Freiheit, Wohlstand – seit mehr als sieben Jahrzehnten setzen sich weitsichtige Bürger in Europa und insbesondere auch in Hameln für diese Ideale ein. Tatsächlich wurde die europäische Einigung zum erfolgreichsten Friedensprozess, den der Kontinent und die Welt je gesehen haben; die Europäische Union ist dafür mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden. Auch die Deutsche Einheit ist diesem Weg zu verdanken. Mit umso größerer Sorge betrachtet die Europa-Union Hameln, wie rückwärtsgewandte Kreise in den Mitgliedstaaten der EU an den Grundpfeilern des gemeinsamen europäischen Hauses sägen.“ Die Europa-Union Hameln appelliert: „Es ist Zeit für eine neue große Europa-initiative. Jeder verantwortungsvoll denkende Bürger in Deutschland ist aufgefordert, sich für die friedliche Zukunft der Welt zu engagieren und Mitglied der Europa-Union zu werden!“



Der neue Vorstand der Europa-Union Hameln (v.l.): Marc Fisser, Sascha Schröder, Cord W. Kiel, Rüdiger Zemlin und Reinhard Burdinski. Es fehlen Elvira Sommermeier und Dr. Rolf Steinbach.

Kreisverband Diepholz auf Reisen

Zwei sehr interessante Reisen führt der KV Diepholz in diesem Jahr durch: Im Sommer geht es nach Breslau in unser Nachbarland Polen, im Oktober steht eine Studienreise nach San Sebastian (Europäische Kulturhauptstadt 2016) in Spanien an. Breslau – Kulturstadt Europas 2016 – wird vom 25. bis 30. Juni besucht. Neben einer Stadtführung und der Besichtigung der wichtigsten Sehenswürdigkeiten steht auch ein Besuch Kreisaus inklusive einer Diskussion über den berühmten „Kreisauer Kreis“ auf dem Fahrtprogramm. Die Reise nach San Sebastian findet vom 3. bis zum 7. Oktober statt. Nach dem Flug von Bremen nach Bilbao wird das weltberühmte Guggenheim Museum besucht. Ab dem zweiten Tag Programm in San Sebastian, u.a. Rundfahrt inkl. Aufstieg auf dem Monte Igueldo (Panoramansicht) und Ausflug zum Chillida-Museum in Hernani. Es besteht die Möglichkeit zum Besuch von Veranstaltungen im Rahmen des Kulturhauptstadt-Programms oder auch zum Besuch des weltberühmten Restaurants „Arzak“. Weitere Informationen zu den Fahrten finden Sie auf der Homepage des Kreisverbands Diepholz (www.europa-union-diepholz.de).

UN-Klimakonferenz mit Erfolgen

Europäische Föderalisten Oldenburg e.V.:
MdEP Matthias Groote berichtet in der VHS



Sechs Tage nach Beendigung der Klimakonferenz in Paris sprach der Europaabgeordnete Matthias Groote auf Einladung von "Europa-Union / Europäische Föderalisten Oldenburg e.V." (EUFO) über deren Ergebnisse. Als Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit gehörte er zur Delegation des Europäischen Parlaments (EP), die beratend und vermittelnd an der Konferenz mitwirkte. In seiner Begrüßung wies der Vorsitzende von EUFO, Adolf Schröder, auf die Bedeutung internationaler Abkommen hin, mit denen erfahrungsgemäß oftmals große Wirkungen erzielt worden seien, obwohl sie den Eindruck erweckten, relativ unverbindlich zu sein, wie u.a. das Protokoll von Helsinki.

Im Unterschied zu den Vorgänger-Konferenzen sei die Konferenz in Paris hervorragend von der französischen Regierung vorbereitet und vom Außenminister Fabius mit großem diplomatischen Geschick geleitet worden, würdigte Groote Verlauf und Ergebnisse der Konferenz. In einer aufgeschlossenen Grundstimmung konnten Konfrontationen zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern erstmals überwunden werden. Schließlich erklärten 180 Staaten ihre Reduktionsziele, 70 Staaten wollen nur noch eine Erderwärmung von 1,5° tolerieren. Deutlich kritisierte Groote, dass insbesondere Interessensverbände des internationalen Flug- und Schiffsverkehrs sich nachhaltigen Umweltzielen verweigerten. Zwar sei in der Konferenz kein strenger Kontrollmechanismus vereinbart worden, doch müsse alle fünf Jahre über die eingeleiteten Schritte berichtet werden. Niemand stehe gern öffentlich am Pranger. Für Deutschland bedeute das mit allen Konsequenzen den Ausstieg aus der Kohleproduktion. Wegen Fortschritten in der Entwicklung regenerativer Energiequellen sah Groote für Wirtschaft und Beschäftigung in der Bundesrepublik aber auch darüber hinaus große Potentiale. Von den Ergebnissen der Konferenz verspricht sich Groote

starke Impulse für technologische Entwicklungen in vielen Wirtschafts- und Produktionszweigen. Das gelte z.B. sowohl für den Automobilmarkt als auch für die Landwirtschaft, deren Zukunft in der Diskussion breiten Raum einnahm, weil deren Emissionen beträchtlich das Weltklima beeinträchtigen. Insgesamt seien 100 Milliarden Dollar für die Subventionierung umweltfreundlicher Projekte zur Verfügung gestellt worden, von denen ca. 20 Milliarden auf die EU entfielen. Insgesamt seien Umweltschutz und Reduzierung schädlicher Einflüsse auf das Weltklima als Querschnittsaufgabe verstanden worden, zog Groote insgesamt ein züversichtliches Resümee aus der Klimakonferenz.

Zuvor hatte der Kreisvorsitzende „Adje“ Schröder in der Sendereihe „Europa im Gespräch“ mit Prof. Dr. Martin Heidenreich eine Sendung über "Soziale Ungleichheiten in und zwischen den Mitgliedsstaaten der EU" aufgezeichnet, die im Dezember mehrfach vom Bürgersender OEins ausgestrahlt wurde, im Livestream zu empfangen ist und u.a. von Lehrkräften genutzt wird.



Zwei interessante Veranstaltungsreihen

Demokratisierungsprozesse sowie europäische Einigungsprozesse haben die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in den Staaten Europas über Jahrzehnte bestimmt. Ohne demokratische Grundwerte und Strukturen keine europäische Gemeinschaft. Aus solchen Überlegungen haben die Europäischen Föderalisten Oldenburg zwei Veranstaltungsreihen initiiert, in denen diese Themenkomplexe weiter diskutiert werden. In der Veranstaltungsreihe zur Zukunft der EU sind die Europaabgeordneten Dr. Joachim Schuster und David McAllister zu Wort gekommen. In der Veranstaltungsreihe „Deutschland in Europa“ werden in diesem Frühjahr alle Bundestagsabgeordneten aus dem Wahlkreis Oldenburg/Ammerland ihre Arbeitsschwerpunkten in Fraktionen und Ausschüssen und deren internationale und europapolitische Relevanz zur Diskussion stellen.

Zahlreiche Termine des Kreisverbands Göttingen

Der Kreisverband Göttingen lädt zu einer Fülle von Veranstaltungen, Seminaren und Studienfahrten im Jahr 2016 ein. Hier ist eine Auswahl der wichtigsten Veranstaltungen und Aktivitäten:

Am Donnerstag, den 25. Februar 2016, ist mit dem Politologen **Dr. Manfred Sapper** der in Berlin ansässigen Chefredakteur der Zeitschrift „Osteuropa“ im Göttinger Alten Rathaus zu Gast. Er referiert zu dem Thema **„Osteuropa und die EU im Krisenmodus - Was gehen uns Russland, die Ukraine oder Polen an?“**

Eine **DokuLive-Präsentation** gibt es am **19. April**. Der Politologe Ingo Espenschied bereitet multimedial das Thema „Deutschland in Europa - 25 Jahre Deutsche Einheit“ im Alten Rathaus in Göttingen auf. Das **Seminar „Der Geist von Weimar und der europäische Gedanke“** erfolgt in Kooperation mit der Stiftung Christlich-Soziale Politik: Ein anspruchsvolles Seminar in Weimar findet vom 29. April bis 1. Mai statt. Noch sind einige Plätze frei.

In einer mitgliederoffenen Vorstandssitzung wird am 27. Mai wird **Dr. Johannes Baur** über seine Arbeit für die EU-Kommission in der Support Group für die Ukraine berichten. Dr. Baur, gebürtiger Göttinger, ist stellvertretender Leiter des Teams „Energie“. Das Arbeitsthema des Vortrages ist **„Die Ukraine - zwei Jahre nach der Maidan-Revolution: Krieg, Reformen und Oligarchen“**.

Einen **Europaempfang** wird es am **10. Juni bei St. Johannis in Göttingen** in Kooperation mit der Deutsch-Polnischen und der Deutsch-Französischen Gesellschaft Göttingen geben. Hauptredner ist mit dem Außenpolitiker **Dietmar Nitan** (MdB) der Bundesvorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaften.

Das **Seminar „Nachbar Dänemark“** findet vom **19. bis 24. Juni an der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein in Sankelmark** statt. Auf dem Programm stehen während dieses Seminars auch Fahrten in unser nördliches Nachbarland, u.a. in die Hauptstadt Kopenhagen. Ausgeschrieben ist bereits die **Baltikumfahrt vom 1. bis 9. Oktober**. Das politische Rahmenprogramm ist noch nicht ganz ausgearbeitet, es liegen allerdings schon in Danzig die Zusagen der Generalkonsulin Cornelia Pieper und des Direktors des Europäischen-Solidaritätszentrums Basil Kerski vor. Detailinfos über alle Veranstaltungen finden sich auf der Homepage des Kreisverbandes unter www.europauinon-goettingen.de.

Weitere Termine

Allgemeine Termine

2. bis 8. Mai: Europawoche (*bundesweit*)

20. Mai: Ehrung der Preisträger des Europäischen Wettbewerbs (*Hannover*)

Bundesverband

4. – 8. Mai: *Europa in der Bewährungsprobe – oder vor dem Zusammenbruch?*, Europäische Akademie Berlin

16./17. April, Dresden: Bundeskongress

16./17. Juli: EUD/JEF-Akademie zur Verbandsentwicklung

9. Dezember, Syke: Jubiläumsfeier am Gründungsort der Europa-Union

11. Januar 2017, Berlin: Festakt zu 70 Jahren Europa-Union Deutschland

Landesverband

9. April: Klausurtagung des Landesvorstands

11. Juni: Vorstandssitzung mit Vortragsveranstaltung

13. August: Informationsstand auf dem Landesparteitag der CDU in Hildesheim

21./22. Oktober: Delegiertenversammlung und Landestagung in Hameln

KV Hameln

22. April: Vortragsreihe „Europa“: Güterverkehr-Halten wir das aus im Weserbergland?

9. Mai: Empfang der Stadt Hameln für die Europa Union / Gedankengang: Auswirkungen europäischer Politik auf Hameln

14. Mai: Fahrt zum Auswandererhaus nach Bremerhaven

17. September: Fahrt in die Autostadt nach Wolfsburg

KV Diepholz

1. Mai: Teilnahme an der DGB-Veranstaltung

2. Mai: Mitgliederversammlung mit Vortrag von MdEP Dr. Joachim Schuster (Bremen) zum Stand der europapolitischen Diskussion & Möglichkeiten zur Entwicklung der EU

5. Mai: Infostand beim Jahresfest der Diakonie Freistadt

KV Bad Pyrmont

28. August - 1. September: Studienfahrt nach Berlin

KV Vechta

8. April: Besuch des Funkhauses Hannover und der Tierärztlichen Hochschule Hannover;

14. April: Vortrag „Die politische und kulturelle Situation auf dem Balkan bzw. in Serbien“ von Dr. Müller-Wieferig

6. Juni: Europa-Matinee in Bakum

23. Juni: Vortrag „Europäische Außenpolitik und die Situation in Venezuela“ von Philipp Gross, Geschäftsführer an der Botschaft der Europäischen Union in Caracas

17. September: Feier 40 Jahre KV Vechta

1.-6. Oktober: Studienreise nach Sarajewo

Impressum

Europa in Niedersachsen Nr. 1/2016. Hrsg.: Europa-Union Deutschland, Landesverband Niedersachsen, Heinrich-Jürgens-Haus, Walter-Gieseking-Str. 22, 30159 Hannover.

V.i.S.d.P.: Wolfgang Zapfe / Redaktion: Cord Wilhelm Kiel / Fotos: C. Kiel, Mitglieder, privat